

Rahmenvertrag

Zwischen

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstraße 3A
12435 Berlin

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ bzw. „**AG**“ genannt -

und

[Unternehmen]

Straße
PLZ, Ort

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ bzw. „**AN**“ genannt -

- beide gemeinsam nachfolgend auch die „**Parteien**“ bzw. „**Vertragsparteien**“ genannt -

- oder allein nachfolgend die „**Partei**“ genannt -

Kreative Full-Service-Agenturen (für Los 1 und 2)

Inhalt:

Inhalt: 2

PRÄAMBEL.....	5
TEIL I: ALLGEMEINE REGELUNGEN	5
ABSCHNITT 1: GRUNDLEGENDES	5
§ 1.1 AUSLEGUNGSGRUNDSÄTZE / ANWENDUNGSBEREICH.....	5
§ 1.2 VERTRAGSBESTANDTEILE / ERKLÄRUNG DES AUFTRAGNEHMERS	5
§ 1.3 LEISTUNGSMINHALT DES VERTRAGS	6
§ 1.4 GRUNDLEGENDE PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS	6
§ 1.5 GRUNDLEGENDE PFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS	7
§ 1.6 UNTERAUFTRAGNEHMER	7
§ 1.7 AUFTRAGSÄNDERUNGEN	8
ABSCHNITT 2: EINHALTUNG VON GESETZEN UND VORSCHRIFTEN	9
§ 2.1 EINHALTUNG VON RECHTLICHEN ANFORDERUNGEN UND AG-REGELUNGEN	9
§ 2.2 EINHALTUNG VON VORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ SOZIALER UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHER BELANGE	9
§ 2.3 BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN NACH DEM BERLINER AUSSCHREIBUNGS- UND VERGABEGESETZ (BERLAVG)	11
§ 2.4 VERHALTENSKODEX FÜR LIEFERANTEN	11
§ 2.5 ÄNDERUNGEN VON RECHTLICHEN ANFORDERUNGEN UND AG-REGELUNGEN	11
ABSCHNITT 3: VERGÜTUNG UND ZAHLUNGSMODALITÄTEN.....	12
§ 3.1 VERGÜTUNG.....	12
§ 3.2 LEISTUNGSERFASSUNG UND RECHNUNGSLEGUNG	13
§ 3.3 FÄLLIGKEIT UND ZAHLUNG.....	13
ABSCHNITT 4: LAUFZEIT UND BEENDIGUNG	14
§ 4.1 LAUFZEIT DES VERTRAGS.....	14
§ 4.2 KÜNDIGUNG.....	14
§ 4.3 SCHRIFTFORM, ADRESSAT, INHALT EINER KÜNDIGUNG	17
§ 4.4 KÜNDIGUNGSFOLGEN	17
ABSCHNITT 5: GEHEIMHALTUNG / DATENSCHUTZ / IT-SICHERHEIT	17

§ 5.1	VERTRAULICHKEIT	17
§ 5.2	VERÖFFENTLICHUNG VON REFERENZEN	19
§ 5.3	DATENSCHUTZ	19
§ 5.4	IT-SICHERHEIT	19
ABSCHNITT 6: VERSICHERUNG		20
§ 6.1	HAFTPFLICHTVERSICHERUNG	20
ABSCHNITT 7: HAFTUNG UND MÄNGELANSPRÜCHE.....		20
§ 7.1	HAFTUNG	20
§ 7.2	HÖHERE GEWALT	21
ABSCHNITT 8: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN.....		21
§ 8.1	AUFRECHNUNG UND ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT	21
§ 8.2	ANWENDBARES RECHT	21
§ 8.3	VERTRAGSSPRACHE	21
§ 8.4	GERICHTSSTAND	21
§ 8.5	SCHRIFTFORM	22
§ 8.6	NEBENABREDEN	22
§ 8.7	SALVATORISCHE KLAUSEL	22
§ 8.8	ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN ODER PFLICHTEN	22
TEIL II: BESONDERE REGELUNGEN – ABRUFE		23
ABSCHNITT 9: GRUNDLEGENDES		23
§ 9.1	LEISTUNGSGEGENSTAND	23
§ 9.2	EINZELAUFTRÄGE.....	23
ABSCHNITT 10: TERMINE; ARBEITSZEIT; LEISTUNGsort.....		24
§ 10.1	AUSFÜHRUNGSTERMINE.....	24
§ 10.2	BEHINDERUNGEN UND UNTERBRECHUNGEN	24
§ 10.3	ABLÖSUNG DES PERSONALS	24
§ 10.4	LEISTUNGsort	25
ABSCHNITT 11: AUFBEWAHRUNG / SCHUTZRECHTE		25
§ 11.1	AUFBEWAHRUNG	25

§ 11.2 ÜBERTRAGUNG VON SCHUTZ- UND URHEBERRECHTEN AUF DEN AUFTRAGGEBER	26
§ 11.3 RECHTEN AN ARBEITSERGEBNISSEN	26
§ 11.3 FREIHEIT VON RECHTEN DRITTER.....	27
ABSCHNITT 12: ANSPRECHPARTNER; MITGELTENDE UNTERLAGEN	27
§ 12.1 ANSPRECHPARTNER	27

PRÄAMBEL

Der Auftraggeber ist Betreiber und Eigentümer des Berliner Stromverteilungsnetzes der allgemeinen Versorgung. Er betreibt mit mehr als 2.000 Beschäftigten über 36.000 km Kabel, eine Vielzahl von Leitungen, Umspannwerken, Netzknoten sowie Netzstationen und versorgt darüber rund 2,48 Mio. Haushalts- und Gewerbekunden. Neben dem Betrieb des Verteilungsnetzes ist der Auftraggeber auch grundzuständiger Messstellenbetreiber im Netzgebiet.

Der Auftraggeber beabsichtigt seine Marke zu festigen und auszubauen sowie seine Bekanntheit zu steigern. Zu diesem Zwecke wird jeweils für Los 1 und Los 2 der folgende Vertrag geschlossen, und die Einzelheiten werden je Los wie folgt geregelt:

TEIL I: ALLGEMEINE REGELUNGEN

ABSCHNITT 1: GRUNDLEGENDES

§ 1.1 AUSLEGUNGSGRUNDSÄTZE / ANWENDUNGSBEREICH

- (1) Bezugnahmen auf Dokumente gelten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, für die Dokumente in ihrer jeweils vereinbarten Fassung. Bezugnahmen auf diesen Rahmenvertrag schließen die Anlagen zu diesem Vertrag ein.
- (2) Die Formulierung „Vertrag“ schließt – so weit nicht abweichend benannt oder aufgrund des Sachzusammenhangs geboten – die auf Grundlage dieses Rahmenvertrags abgeschlossenen Einzelverträge ein.
- (3) Die Regelungen dieses Rahmenvertrags gelten für alle auf Grundlage dieses Vertrags abgeschlossenen Einzelverträge (Abrufe).

§ 1.2 VERTRAGSBESTANDTEILE / ERKLÄRUNG DES AUFTRAGNEHMERS

- (1) Maßgebend für das Vertragsverhältnis zwischen den Parteien und insbesondere für die vereinbarten Leistungspflichten sind in absteigender Reihenfolge:
 1. dieser Vertrag,
 2. die Anlagen zu diesem Vertrag,
 3. die weiteren Unterlagen des Vergabeverfahrens (aufgelistet im Dokument „Übersicht Vergabeunterlagen“ (Anlage 0.3 Übersicht Vergabeunterlagen)),
 4. der Inhalt des finalen Angebots des Auftragnehmers im Vergabeverfahren zum Abschluss des Vertrags (sofern nicht Gegenstand von vorstehenden Ziffern),
 5. die protokollierten Verhandlungsergebnisse.
- (2) Bei etwaigen Widersprüchen oder Unklarheiten gelten zunächst die vorstehend in Abs. 1 genannten Vertragsbestandteile in absteigender Reihenfolge, im Übrigen die jeweils sachnähere Regelung im Einzelfall; lässt sich diese nicht eindeutig ermitteln,

bestimmt der Auftraggeber die anzuwendende Regelung unter Berücksichtigung des Sinns und Zwecks des gesamten Vertrags einschließlich aller Anlagen sowie dem mutmaßlichen Willen der Parteien. Etwaige Vorverträge, unter Abs. 1 nicht aufgeführte Unterlagen, sonstige Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrags, insbesondere allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, sind nicht Vertragsbestandteil, wenn sie nicht ausdrücklich vereinbart wurden. Dies gilt auch dann, wenn vom Auftragnehmer (etwa in einer Auftragsbestätigung oder Bestellannahme) auf Geschäftsbedingungen Bezug genommen wird und der Auftraggeber diesen nicht ausdrücklich widerspricht.

- (3) Der Auftragnehmer hat sämtliche Vertragsbestandteile vor Vertragsschluss geprüft und erklärt, dass ihm darin keine Widersprüche, Unklarheiten oder Unvollständigkeiten bekannt sind. Sofern dem Auftragnehmer Widersprüche, Unklarheiten oder Unvollständigkeiten bekannt werden, hat er darauf unverzüglich hinzuweisen. Die vorstehenden Pflichten gelten entsprechend für alle Vertragsbestandteile/Anlagen, die nach Vertragsschluss erstellt oder geändert werden, ab dem jeweiligen Zeitpunkt ihrer Erstellung oder Änderung.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass ihm sämtliche für die Leistungserbringung relevanten Informationen bekannt sind bzw. er sich ausreichend über diese informiert hat. Er erklärt, dass die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen und Angaben ausreichen, um sämtliche relevanten Aspekte der Leistungserbringung korrekt zu erfassen, so dass jegliche Mehr- oder Nachforderungen ausgeschlossen sind, wenn sich herausstellen sollte, dass Annahmen des Auftragnehmers falsch waren.

§ 1.3 LEISTUNGSGEHALT DES VERTRAGS

- a) Der Leistungsinhalt bestimmt sich nach Maßgabe dieses Vertrags einschließlich der Vertragsteile (vgl. hierzu insbesondere Teil II des Vertrags). Der Leistungsinhalt ergibt sich ferner aus den Vergabeunterlagen, insbesondere aus der Anlage Leistungsbeschreibung und aus dem endgültigen Angebot des Auftragnehmers.
- b) Dieser Vertrag bildet die Grundlage für die Erbringung von Leistungen durch den Auftragnehmer für den Auftraggeber im Wege von Einzelverträgen (vgl. Teil II).
- c) Die vertraglich festgelegten Leistungen umfassen auch ohne ausdrückliche Regelung solche Leistungen, Funktionen, Prozesse und Verantwortlichkeiten, die zur fachmännischen und ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderlich sind, sowie üblicherweise als Teil der beschriebenen Leistungen erbracht werden.

§ 1.4 GRUNDLEGENDE PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMER

- (1) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen entsprechend der in den Vergabeunterlagen sowie diesen Vertragsbedingungen getroffenen Festlegungen vollständig und fachgerecht zu erbringen.
- (2) Der Auftragnehmer übernimmt als umfassend erfahrener, sachverständiger und

fachkundiger Unternehmer alle Leistungen, die zur rechtskonformen, termingerechten, kompletten, funktionstauglichen und zweckentsprechenden Erbringung des beauftragten Leistungsumfangs erforderlich sind. Hierzu gehört auch, dass alle vertragsgegenständlichen Leistungen funktional und wirtschaftlich aufeinander abgestimmt sind. Sofern und soweit nicht anders vereinbart, ist der Auftragnehmer für die Leistungserbringung allein verantwortlich; er hat die für die Erbringung der Leistungen notwendigen und geeigneten sachlichen und personellen Ressourcen zu beschaffen und bereitzustellen. Er ist verpflichtet die Handelsbräuche, die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie die gesetzlichen und ggf. behördlichen Vorgaben zu beachten.

- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen.
- (4) Die Leistungserbringung des Auftragnehmers erfolgt neutral sowie transparent und nicht durch Dritte beeinflusst.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer der Beauftragung die im Vergabeverfahren geforderte und nachgewiesene Eignung aufrecht zu erhalten; der Auftraggeber ist berechtigt, entsprechende Nachweise zu fordern (z. B. die Vorlage bestehender oder aktualisierter Zertifikate). Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber schnellstmöglich nach Vertragsabschluss schriftlich die für diesen Auftrag vorgesehenen Mitarbeiter und ggf. Unterauftragnehmer namentlich benennen.

§ 1.5 GRUNDLEGENDE PFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS

- (1) Der Auftraggeber ist bei ordnungsgemäßer Leistungserbringung verpflichtet, die vereinbarte Vergütung zu zahlen.
- (2) Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seiner Sphäre nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Leistungsverzeichnisses zur Verfügung stellen. Sofern und soweit dies zur Erbringung der Leistung erforderlich ist und sofern die vertraglich vereinbarten persönlichen Voraussetzungen entsprechend § 2 Abs. 1 dieses Vertrags erfüllt sind, wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer Zugang zu der für die Erbringung der vertraglichen Leistungen relevanten informationstechnischen Infrastruktur sowie Zugang zu seinen Räumlichkeiten/Liegenschaften gewähren.
- (3) Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Systeme und Daten, die er dem Auftragnehmer im Zuge der Leistungserbringung zugänglich macht, durch den Auftragnehmer dafür betrieben bzw. verarbeitet werden dürfen. Der Auftraggeber ist für Art und Inhalt der dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Daten und Software verantwortlich.

§ 1.6 UNTERAUFTRAGNEHMER

- (1) Sofern der Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung Unterauftragnehmer einsetzen will, ist dies nur in jenem Umfang zulässig, wie dies im Vergabeverfahren zugelassen wurde. Im Übrigen dürfen Unterauftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung nur eingesetzt werden, wenn sie dem Auftraggeber bekannt gemacht wurden. Der Auftraggeber darf dem Einsatz des Unterauftragnehmers widersprechen, wenn Zweifel an der Eignung, Zuverlässigkeit oder Leistungsfähigkeit gegeben sind oder andere sachliche Gründe bestehen, die geeignet sind, die Leistungserbringung oder den Leistungserfolg zu beeinträchtigen. Der Auftragnehmer ist gegenüber dem Auftraggeber zur Auskunft, insbesondere zum Nachweis und zur Vorlage von Unterlagen und Informationen verpflichtet. Eine vollständige Übertragung der Vertragsleistungen auf Unterauftragnehmer ist ausgeschlossen.
- (2) Auch im Falle des zulässigen Einsatzes von Unterauftragnehmern bleibt der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber vollumfänglich zur Leistungserbringung verpflichtet. Er steht gegenüber dem Auftraggeber allein für die ordnungsgemäße Erbringung der geschuldeten Leistungen ein. Der Auftragnehmer übernimmt die Betreuung, Koordination und Überwachung der Leistungen der Unterauftragnehmer aller Stufen. Insbesondere ist der Auftragnehmer verpflichtet, bei Tätigkeiten von Unterauftragnehmern am Leistungsort anwesend zu sein, um die Pflichten nach Satz 3 erfüllen zu können.
- (3) Der Auftragnehmer hat Unterauftragnehmer zu verpflichten, alle für den jeweiligen Leistungsbestandteil relevanten Regelungen dieses Vertrags einschließlich der jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen sowie ggf. behördlichen Vorgaben einzuhalten. Im Falle der Unterauftragsvergabe durch Unterauftragnehmer (Unterauftragnehmerkette) gilt die Verpflichtung auf allen nachgelagerten Ebenen entsprechend. Insbesondere darf der Unterauftragnehmer seinerseits Leistungen nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers weitergeben. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung dieses Absatzes durch Abschluss entsprechender Verpflichtungen mit Unterauftragnehmern sicherzustellen und dies zu kontrollieren.
- (4) Der Auftragnehmer hat durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass Unterauftragnehmer die übertragenen Leistungen nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers weitergeben, und dies zu kontrollieren.
- (5) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Erfüllung der Verpflichtungen des Abs. 3 und Abs. 4 auf Anforderung nachweisen.

§ 1.7 AUFTRAGSÄNDERUNGEN

- (1) Der Auftraggeber kann unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grenzen und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes Änderungen des Leistungsumfanges vom Auftragnehmer verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Änderung aufgrund einer Anpassung an eine geänderte Rechtslage oder Rechtsprechung, geänderte technische Richtlinie, geänderte regulatorische Vorgabe, geänderte technische Rahmenbedingung oder aus unvorhergesehenen netzbetrieblichen Erfordernissen notwendig ist. Das Erfordernis einer

Vertragsänderung nach den vorstehenden Sätzen 1 und 2 kann auch vom Auftragnehmer an den Auftraggeber herangetragen werden.

- (2) Der Auftragnehmer kann das Änderungsbegehren des Auftraggebers gem. Abs. 1 ablehnen, wenn es für ihn unzumutbar ist. Auf eine Unzumutbarkeit kann sich der Auftragnehmer in der Regel nicht berufen, wenn die Leistungserbringung möglich ist, für ihn keine Zusatzkosten zu erwarten sind oder der Auftraggeber bereit ist, dem Auftragnehmer eine angemessene Kompensation zu zahlen. Die Kompensation gilt als angemessen, wenn der Auftraggeber bereit ist, eine Vergütung auf Grundlage eines vereinbarten Vergütungssatzes (Mehrvergütungssatz) zu zahlen oder – sofern kein Vergütungssatz vereinbart wurde – eine marktübliche Vergütung zu zahlen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Angemessenheit der Kompensation zur Überprüfung durch ein Gericht zu stellen.
- (3) Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer über das Änderungsbegehren mindestens in Textform. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Änderungsverlangen innerhalb von 14 Tagen nach Zugang zu prüfen (einschließlich etwaiger Auswirkungen auf Kosten und Termine) und das Ergebnis (z. B. Änderungsangebot) mitzuteilen. Der Auftraggeber wird dann über die Annahme des Angebots und/oder die weiteren Schritte entscheiden.

ABSCHNITT 2: EINHALTUNG VON GESETZEN UND VORSCHRIFTEN

§ 2.1 EINHALTUNG VON RECHTLICHEN ANFORDERUNGEN UND AG-REGELUNGEN

Der Auftragnehmer wird die vereinbarten Leistungen unter Einhaltung aller gesetzlichen Regelungen, einschlägigen Sicherheitsvorschriften und in Übereinstimmung mit den ggf. geltenden berufsrechtlichen einschließlich berufsgenossenschaftlicher Vorgaben erbringen. Er wird dabei die erforderliche Sorgfalt wahren und die allgemein anerkannten Regeln der Technik anwenden.

§ 2.2 EINHALTUNG VON VORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ SOZIALER UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHER BELANGE

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der für ihn geltenden Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), Mindestlohngesetzes (MiLoG), Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), der Sozialgesetzbücher (SGB) sowie der Bestimmungen über die illegale Ausländerbeschäftigung in der jeweils aktuell gültigen Fassung.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn gegen ihn oder einen seiner Unterauftragnehmer in Zusammenhang mit dem Projekt ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen eines Verstoßes gegen die in Absatz 1 genannten Vorschriften geführt wird bzw. er von einem solchen Verfahren

Kenntnis erlangt.

- (3) Der Auftragnehmer stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die vorgenannten Bestimmungen eingehalten werden. Der Auftragnehmer hat insbesondere zu dokumentieren, welche Unterauftragnehmer in welchem Unterauftragnehmeverhältnis für die Vertragsausführung des Auftraggebers tätig sind. Weiterhin ist der Auftragnehmer verpflichtet, vor oder während der Ausführung des Auftrages dem Auftraggeber Arbeitnehmerlisten vorzulegen, in denen er angibt, welche Arbeitnehmer er bei der Ausführung beschäftigt. Ziel der Arbeitnehmerlisten ist die Möglichkeit eines Abgleiches bei eventuellen späteren Kontrollen nach Abs. 4.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit stichprobenweise oder anlassbezogene Kontrollen einschließlich Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen. In diesen Fällen ist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, ihm umfassend Auskunft zu erteilen und entsprechende eigene Nachweise und Dokumente sowie Nachweise und Dokumente der von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer einschließlich aller sozialversicherungsrechtlich relevanten Nachweise vorzulegen. In diesem Zusammenhang erklärt sich der Auftragnehmer bereit, dem Auftraggeber auch jederzeit auf dessen Verlangen eine Eigenerklärung darüber abzugeben, dass er die unter Abs. 1 genannten Vorschriften einhält.
- (5) Der Auftraggeber ist berechtigt, zur Durchführung der vorgenannten Überprüfungen und Kontrollen Dritte zu beauftragen. Der von dem Auftraggeber beauftragte Dritte hat sich vor Durchführung der Kontrolle durch eine entsprechende Vollmacht zu legitimieren.
- (6) Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass seine Arbeitnehmer bei Kontrollen Eigenerklärungen zum Erhalt des Mindestlohnes und zu den sie betreffenden Versicherungen abgeben können.
- (7) Der Auftraggeber verpflichtet sich zum vertraulichen Umgang mit den bei ihm zum Zweck von Kontrollen eingereichten Unterlagen sowie dazu, von ihm eingesetzte Dritte entsprechend zu verpflichten.
- (8) Der Auftragnehmer hat seine Unterauftragnehmer ebenso zur Einhaltung der Verpflichtungen aus Abs. 1 bis 3 und 6 zu verpflichten. Insbesondere hat er dafür zu sorgen, dass Unterauftragnehmer den vorgenannten Kontrollen einschließlich der Vorlage von Nachweisen und Dokumenten zustimmen und ihre Arbeitnehmer ebenfalls zur Abgabe der unter Absatz 6 geregelten Eigenerklärungen verpflichten.
- (9) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber hinsichtlich aller Schäden, Kosten und Aufwendungen, welche dem Auftraggeber durch die Inanspruchnahme aufgrund einer Verletzung der unter Absatz 1 benannten Bestimmungen durch den Auftragnehmer und/oder Unterauftragnehmer entstehen, frei und haftet für einen entsprechenden Schaden allein. Die Freistellung umfasst insbesondere die Haftung des Auftraggebers nach § 13 MiLoG i. V. m. § 14 AEntG. Die Freistellungs- und Ersatzverpflichtung umfasst auch mögliche Rechtsverteidigungskosten sowie

Geldbußen für den Fall von Verfahren gegen den Auftraggeber.

§ 2.3 BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN NACH DEM BERLINER AUSSCHREIBUNGS- UND VERGABEGESETZ (BerlAVG)

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der diesem Vertrag beigelegten Anlage „Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt“, der Anlage „Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderung“, der Anlage „Besondere Vertragsbedingungen zur Verhinderung von Benachteiligungen“ sowie der Anlage „Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG“.
- (2) Der Auftraggeber möchte eine einheitliche Vertragskontrolle sicherstellen und ist daher abweichend von den Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG berechtigt, die Durchführung von Kontrollen über die Einhaltung der Besonderen Vertragsbedingungen betreffend der übrigen im vorgenannten Absatz genannten Anlagen zum BerlAVG ebenfalls nach Maßgabe von § 2.2 Abs. 4 bis 6 vorzunehmen; der Auftragnehmer hat für die Durchsetzbarkeit der Kontrollrechte entsprechend zu sorgen.
- (3) Der Auftraggeber und/oder die zentrale Kontrollgruppe des Landes Berlin haben abweichend von vorstehendem Abs. 2 und ggf. anderer, in diesem Vertrag festgelegter Kollisionsregelungen, in jedem Einzelfall das Wahlrecht, ausschließlich die Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG zu verlangen und die darin geregelten Rechte auszuüben.

§ 2.4 VERHALTENSKODEX FÜR LIEFERANTEN

- (1) Der Auftraggeber ist gesetzlich verpflichtet, die Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zu erfüllen und in seiner Lieferkette angemessen zu adressieren. Die Umsetzung erfolgt im Verhaltenskodex für Lieferanten des Auftraggebers. Der Auftragnehmer verpflichtet den Verhaltenskodex für Lieferanten des Auftraggebers einzuhalten. Der „Verhaltenskodex für Lieferanten“ des Auftraggebers ist als Anlage beigelegt.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Verhaltenskodex anzupassen, wenn dies aufgrund gesetzlicher Regelungen erforderlich ist. Dies bedarf der Zustimmung des Auftragnehmers, die er nicht treuwidrig verweigern darf.

§ 2.5 ÄNDERUNGEN VON RECHTLICHEN ANFORDERUNGEN UND AG-REGELUNGEN

Sofern der Auftraggeber nicht etwas anderes bestimmt und sofern keine wesentliche Änderung von Leistungspflichten vorliegt, gelten Änderungen von gesetzlichen Anforderungen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens; Änderungen von Auftraggeber-

Regelungen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens und der Mitteilung des Auftraggebers an den Auftragnehmer über den Inhalt der geänderten Auftraggeber-Regelung. Liegt eine wesentliche Änderung vor, sind die Vertragspartner verpflichtet zu prüfen, ob und inwieweit eine vertragliche Regelung getroffen werden kann, die sowohl der Rechtslage als auch dem Zweck dieser Vereinbarung entspricht; die Änderung des Vertrags richtet sich in diesem Fall nach der Regelung „Auftragsänderungen“ dieses Vertrags.

ABSCHNITT 3: VERGÜTUNG UND ZAHLUNGSMODALITÄTEN

§ 3.1 VERGÜTUNG

- (1) Die jeweils abgerufenen und vertragsgerecht erbrachten Leistungen vergütet der Auftraggeber dem Auftragnehmer gemäß dem als Anlage beigefügten Preisblatt.
- (2) Die Einheitspreise des Leistungsverzeichnisses sind Festpreise. Diese gelten für alle innerhalb der Grundlaufzeit abgerufenen Leistungen unverändert fort.
- (3) Für alle nach der Grundlaufzeit abgeschlossenen Einzelverträge gilt Folgendes:
 - a) Die Vertragsparteien können eine Preisanpassung bei Änderung der im einschlägigen „Preisindex für Dienstleistungen“ des Statistischen Bundesamtes veröffentlichten Preisentwicklung wie folgt vornehmen:
 - aa) Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in der Tabelle „Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen“ empirische Informationen zur Preisentwicklung der Preise von Dienstleistungen von Werbeagenturen (Code: CPA08-7311)“.
 - bb) Die Preisanpassung nach dieser Regelung erfolgt auf Grundlage der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Preise „Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen, Dienstleistungen von Werbeagenturen (Code: CPA08-7311) für das letzte vollständige Quartal vor Zuschlagserteilung als Basis (= 100%)“.
 - cc) Die Preisanpassung nach dieser Regelung ist einheitlich auf die Preispositionen 1 bis 12, 16 - 18 für Los 1 und auf die Preispositionen 1 bis 10, 15 - 17 für Los 2 des Preisblattes (Netto-Preise) anzuwenden.
 - b) Die Preise der Leistungen dieses Vertrages sind jeweils mit Wirkung zum nachfolgenden Stichtag (01. Januar) proportional zur Preisentwicklung Dienstleistungen, Dienstleistungen von Werbeagenturen (Code: CPA08-7311) anzupassen. Dabei erfolgt die Anpassung der Preise ausgehend von der Basis nach Abs. 2, Buchstabe b) auf das aktuelle Niveau der Preise Dienstleistungen, Dienstleistungen von Werbeagenturen (Code: CPA08-7311).

- c) Preisanpassungen werden zu dem in Absatz 3 genannten Stichtag in allen auf der Grundlage dieses Rahmenvertrags abgeschlossenen Einzelaufträgen wirksam und gelten für zwei Jahre. Die Vertragsparteien unterrichten sich unverzüglich über beabsichtigte Preisanpassungen. Nach Prüfung der Richtigkeit des Preisanpassungsverlangens kann der Preis angepasst werden.
- (4) Bei allen vorgenannten Preisen handelt es sich um Nettopreise. Die jeweils geltende gesetzliche Umsatzsteuer ist mithin hinzurechnen.
- (5) Mit der Vergütung sind sämtliche Vertragsleistungen nach Art, Inhalt, Funktion und Umfang sowie alle sonstigen Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers nach diesem Vertrag abgegolten (Leistungssoll).
- (6) Die Preise unterliegen mit Ausnahme des Absatzes 3 keiner Änderung. Der Auftragnehmer trägt aufgrund seiner Planungsverantwortung das Risiko, dass die von ihm kalkulierten und zu kalkulierenden Leistungen vollständig und richtig sind, um den geschuldeten Erfolg vollständig und rechtzeitig zu erreichen.

§ 3.2 LEISTUNGSERFASSUNG UND RECHNUNGSLEGUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm erbrachten Leistungen – je Abruf und aufgeschlüsselt nach den einzelnen Positionen des Preisblatts inklusive der Aufschlüsselung der Drittleistungen und der korrespondierenden Handlings-Fee – zu erfassen und an den Auftraggeber elektronisch zu übermitteln. Rechnungen werden nach Abschluss des Projekts gelegt, sofern im Einzelvertrag keine abweichende Regelung getroffen wurde. Mit jeder vom AN gelegten Rechnung ist für jede darin abgerechnete Fremdleistung/Drittleistung die zugehörige Rechnung des Fremdleistenden/Drittleistenden vorzulegen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine detaillierte und prüffähige Rechnung zu stellen, die den gesetzlichen Anforderungen – insbesondere denen des § 14 UStG – entspricht. Die Rechnungsstellung hat gemäß der Anlage Standard zur Erstellung von Rechnungen zu erfolgen.
- (3) Die Parteien sind sich einig, dass der Auftraggeber die Anlage Standard zur Erstellung von Rechnungen einseitig austauschen darf, wenn dies aufgrund gesetzlicher Änderungen oder wegen der Berücksichtigung eines technischen Anpassungsbedarfs erforderlich ist.

§ 3.3 FÄLLIGKEIT UND ZAHLUNG

- (1) Der Auftraggeber zahlt einen fälligen, einredefreien Betrag nach Erfüllung der vertraglich geschuldeten (Teil-)Leistung zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer innerhalb von 30 Tagen ab Eingang einer vollständigen, prüfbaren und fehlerfreien Rechnung auf das von dem Auftragnehmer in der Rechnung benannte Konto.

- (2) Soweit die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht vorliegen, ist der Auftraggeber nicht zur Zahlung des Rechnungsbetrags verpflichtet. Der Auftraggeber ist berechtigt, eine Rechnung, bei der die Fälligkeitsvoraussetzungen insgesamt nicht vorliegen, vollständig und soweit nur ein Teil der Rechnung betroffen ist, den betreffenden Teil der Rechnung durch Mitteilung in Textform gegenüber dem Auftragnehmer zurückzuweisen. Liegen die Voraussetzungen nur hinsichtlich eines Teils der Rechnung nicht vor, ist der Auftraggeber berechtigt, die Zahlung des korrekten Teils der Rechnung von der Stellung einer separaten, nur diesen korrekten Teil betreffenden neuen Rechnung abhängig zu machen. Für die neue Rechnung gelten sodann die gleichen Bestimmungen nach Absatz 1 wie für die ursprüngliche Rechnung.
- (3) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien über die Richtigkeit der Rechnung leistet der Auftraggeber Zahlungen hinsichtlich der unstrittigen Rechnungspositionen. Die Zahlung des strittigen Betrags erfolgt nach rechtskräftiger Streitbeilegung.
- (4) Die Zahlung einer Rechnung durch den Auftraggeber hat nicht zur Folge, dass Einwendungen des Auftraggebers gegen die sachliche oder förmliche Richtigkeit der Rechnung ausgeschlossen sind.

ABSCHNITT 4: LAUFZEIT UND BEENDIGUNG

§ 4.1 LAUFZEIT DES VERTRAGS

- (1) Dieser Vertrag wird mit Zuschlagserteilung wirksam und hat hinsichtlich der Leistungserbringung eine Grundlaufzeit vom 01.01.20207 – 31.12.2028.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, durch schriftliche Erklärung, die spätestens drei Monate vor dem Ende der Grundlaufzeit dem Auftragnehmer zugegangen sein muss, die Vertragslaufzeit für alle zu erbringenden Leistungen zweimalig um jeweils zwei Jahre („Verlängerungszeitraum“), d. h. bis maximal 31.12.2032 zu verlängern. Hinsichtlich der Vergütung gilt die Preisgleitklausel nach § 3.1 Abs. 3 dieses Vertrags. Im Übrigen gelten die Bestimmungen dieses Vertrags im Verlängerungszeitraum unverändert fort.
- (3) Klarstellend halten die Vertragsparteien fest, dass Einzelabrufe auf der Grundlage des Vertrags bis zum letzten Tag der Laufzeit des Vertrages getätigt werden können. Daraus folgt, dass Einzelaufträge ggf. erst nach dem Ende der Laufzeit des Vertrags enden, wobei die Vorgaben dieses Vertrags bis zum Abschluss des letzten Einzelabrufs einzuhalten sind.

§ 4.2 KÜNDIGUNG

- (1) Die Vertragsparteien können diesen Vertrag sowie die darauf beruhenden Einzelverträge ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aus wichtigem Grund kündigen.

- (2) Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn der kündigenden Partei unter Berücksichtigung aller Umstände des betreffenden Falls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund aufgrund einer Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten, angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung mit Androhung der Kündigung zulässig, es sei denn, die Vertrauensgrundlage für die weitere Durchführung des Vertragsverhältnisses ist bereits durch die erstmalige Vertragspflichtverletzung derart erschüttert, dass sie auch durch die Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung nicht wieder hergestellt werden kann. Im Falle des Bestehens von Gewährleistungsrechten bei Mängeln gelten diese vorrangig.
- (3) Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn
- a) der Auftragnehmer Personen, welche für den Auftraggeber mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat. Solchen Handlungen des Auftragnehmers stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden,
 - b) der Auftragnehmer die Regelung zur Einhaltung der Vertraulichkeit dieses Vertrags verletzt,
 - c) der Auftragnehmer ohne die schriftliche Zustimmung Leistungen aus diesem Vertrag an Unterauftragnehmer überträgt,
 - d) der Auftragnehmer oder ein von dem Auftragnehmer eingesetzter Unterauftragnehmer Eigentum des Auftraggebers oder von Dritten vorsätzlich beschädigt;
 - e) der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer einen Termin nicht einhält und dadurch die Durchführung des Vertrags gefährdet oder ein betriebliches Interesse des Auftraggebers schwerwiegend beeinträchtigt ist;
 - f) der Auftragnehmer eine wesentliche Leistung oder zugesicherte Eigenschaft nicht erbringt und es sich um eine Leistung handelt, die nicht der Sachmangelhaftung unterliegt;
 - g) eine wesentliche Einschränkung der Bonität des Auftragnehmers vorliegt. Die Bonität des Auftragnehmers gilt insbesondere dann als wesentlich eingeschränkt, wenn
 - a) sich die Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder eines Sicherungsgebers (Bürge oder Garant) gegenüber dem aus dem jeweils

letzten Jahresabschluss ersichtlichen Zustand wesentlich verschlechtert haben oder

- b) die Gesellschafter des Auftragnehmers in einem Betrachtungszeitraum der Handelsbilanzen des Auftragnehmers von drei zusammenhängenden Jahren in mindestens zwei Jahren Eigenkapital oder eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistungen (z. B. Gesellschafterdarlehen) erbracht haben, um eine rechnerische und/oder bilanzielle Überschuldung des Auftragnehmers zu verhindern oder
- c) nach den Umständen des Einzelfalls zu erwarten ist, dass der Auftragnehmer oder ein Sicherungsgeber des Auftragnehmers seinen Verpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt; eine solche Erwartung ist insbesondere dann berechtigt, wenn gegen den Auftragnehmer oder den Sicherungsgeber Zwangsvollstreckungsmaßnahmen eingeleitet sind oder werden, oder eine seitens des Auftraggebers eingeholte Auskunft einer allgemeinen im Geschäftsleben anerkannten Wirtschaftsauskunftei (z. B. Creditsafe, Creditreform) über die wirtschaftlichen Verhältnisse die Besorgnis zulässt, der Auftragnehmer oder der Garantiegeber werde den Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommen

und der Auftragnehmer oder Sicherungsgeber auf entsprechende Aufforderung des Auftraggebers keine angemessene Sicherheit gestellt hat, die zu einer angemessenen Absicherung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers zur Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag führt. Die Sicherheit gilt als angemessen, wenn sie den Anforderungen des Auftraggebers entspricht; der Auftragnehmer erhält ein betreffendes Muster auf Anforderung. Der Auftragnehmer ist jederzeit zur Auskunft über seine Vermögensverhältnisse einschließlich der Übersendung von Geschäftsberichten/Jahresabschlüssen bzw. von Wirtschaftsprüfern testierten Erklärungen verpflichtet.

- h) die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrags gefährdet ist, weil der Auftragnehmer seine fälligen Geldschulden (z. B. Auftragnehmer Lieferanten, Mitarbeiter, Sozialabgaben Auftragnehmer die Einzugsstellen) nicht erfüllen kann, er also zahlungsunfähig ist, und die Zahlungen ohne Rechtsgrund länger als die gesetzliche Insolvenzantragsfrist einstellt,
 - i) der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer, Lieferant oder Eignungsverleiher einem Verbot der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, unterliegt;
- (4) Die außerordentliche Kündigung kann nur binnen einer Frist von drei Monaten erklärt werden, nachdem die zur Kündigung berechnigte Partei Kenntnis vom Kündigungsgrund erlangt hat. Berechtigt die Gesamtbetrachtung einer Reihe von

Ereignissen eine Partei zur Kündigung, so beginnt die Frist ab dem letzten dieser Ereignisse zu laufen.

- (5) Die gesetzlichen Rechte zur ordentlichen oder außerordentlichen Kündigung bleiben für beide Parteien unberührt.

§ 4.3 SCHRIFTFORM, ADRESSAT, INHALT EINER KÜNDIGUNG

Eine Kündigung bedarf zu Ihrer Wirksamkeit der Schriftform gemäß § 8.5 Abs. 1 dieses Vertrags. Die Erklärung der Kündigung muss gegenüber dem anderen Vertragspartner, bei außerordentlicher Kündigung mit Angabe des wichtigen Grundes, erfolgen.

§ 4.4 KÜNDIGUNGSFOLGEN

Der Auftraggeber vergütet dem Auftragnehmer die bis zur Ausübung der Kündigung vertragskonform erbrachten (und sofern erforderlich abgenommenen) Leistungen. Bereits geleistete Zahlungen werden hierauf angerechnet. Im Übrigen bleiben gesetzliche Rechte des Auftraggebers unberührt.

ABSCHNITT 5: GEHEIMHALTUNG / DATENSCHUTZ / IT-SICHERHEIT

§ 5.1 VERTRAULICHKEIT

- (1) Im Rahmen der Vertragsdurchführung ist ein Austausch von vertraulichen Informationen zu erwarten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich in diesem Zusammenhang:
- a. vertrauliche Informationen geheim zu halten und durch geeignete Maßnahmen vor der Einsicht durch nicht berechtigte Dritte zu schützen;
 - b. vertrauliche Informationen nur gegenüber solchen Personen (einschl. Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen sowie Unterauftragnehmer) zu offenbaren, wenn dies für die Vertragsdurchführung zwingend erforderlich ist (berechtigte Personen) und diese einer mindestens gleichwertigen vertraglichen oder gesetzlichen Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegen;
 - c. vertrauliche Informationen nicht zu anderen als der Vertragsdurchführung dienenden oder mit diesen zusammenhängenden Zwecken zu verwenden oder verwenden zu lassen.

„Vertrauliche Informationen“ bezeichnet alle nicht-offenkundigen technischen, kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Informationen über den Geschäftsbetrieb des Auftraggebers einschließlich der auf Grundlage dieses Vertrags ausgetauschten und auszutauschenden Informationen, die als vertraulich gekennzeichnet sind oder bei denen nach ihrer Art und Natur typischerweise ein Geheimhaltungsinteresse besteht. Insbesondere sind sämtliche Informationen erfasst, die bereits während der Vertragsanbahnung der Vertraulichkeit unterlagen oder die mit dem Abschluss oder während der Durchführung dieses Vertrags als

vertraulich bestimmt werden. Erfasst sind auch wirtschaftlich sensible Informationen i. S. v. § 6a EnWG. Die Geheimhaltungspflicht gilt auch über die Beendigung des Vertrags hinaus für einen Zeitraum von drei Jahren. Hinsichtlich der aus § 6a EnWG folgenden gesetzlichen Pflicht zur Wahrung der Vertraulichkeit gilt die Vertraulichkeitsverpflichtung, solange dies von Gesetzes wegen erforderlich ist (der Auftragnehmer hat jederzeit das Recht, vom Auftraggeber eine Erklärung hinsichtlich der Erforderlichkeit zu verlangen). Die Vertraulichkeit der Information besteht unabhängig davon, wer diese Informationen erstellt hat und unabhängig von der Übermittlungsform.

- (2) Eine Ausnahme von der Vertraulichkeitsverpflichtung gem. Abs. 1 gilt, wenn der Auftraggeber der Veröffentlichung schriftlich zugestimmt hat oder die Vertraulichen Informationen
- a. öffentlich bekannt sind oder werden und dies nicht auf einer Verletzung einer für den Auftragnehmer geltenden Vertraulichkeitsverpflichtung beruht;
 - b. dem Auftragnehmer bereits vor der Offenbarung durch den Auftraggeber rechtmäßig bekannt waren und keinen Vertraulichkeitsbeschränkungen unterlagen; oder
 - c. dem Auftragnehmer von einem Dritten ohne Bruch einer Geheimhaltungspflicht zugänglich gemacht wurden.

Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt ferner nicht, soweit aufgrund der Anordnung eines Gerichts oder gegenüber einer Behörde Vertrauliche Informationen offenbart werden müssen, allerdings nur in dem Umfang, in dem die Offenbarung rechtlich erzwingbar ist. In einem solchen Fall muss der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über die bevorstehende oder bereits eingetretene Offenbarungspflicht unter Benennung der jeweils zu offenbarenden Vertraulichen Information, des Empfängers und der Rechtsgrundlage der Offenbarungspflicht informieren. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, alle zumutbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Offenbarung Vertraulicher Informationen abzuwenden oder zu beschränken.

- (3) Alle Vertraulichen Informationen sind – ungeachtet ihrer Form – nach Beendigung des Vertragsverhältnisses zu löschen, zu vernichten oder auf Wunsch des Auftraggebers an diesen zurückzugeben. Diese Pflicht besteht nur dann nicht, sofern und soweit gesetzliche Regelungen oder gerichtliche oder behördliche Anordnungen dem Auftragnehmer die Aufbewahrung oder Archivierung der Dokumente vorschreiben oder eine Rückgabe bzw. Vernichtung technisch unmöglich oder unzumutbar ist (z.B. wegen automatischer Datensicherung). Der Auftragnehmer wird sicherstellen, dass die Vertraulichkeit der Informationen für die Dauer der Ausnahme gewahrt bleibt. Die Vertraulichkeitsverpflichtung bleibt entsprechend für die Dauer der Ausnahme in Kraft. Der Auftragnehmer ist berechtigt, bei Fragen zum Umgang mit Vertraulichen Informationen nach § 6a EnWG die/den Gleichbehandlungsbeauftragte(n) des Auftraggebers zu kontaktieren.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftraggebers eine Liste jener Personen und Institutionen zu übermitteln, denen Vertrauliche Informationen

offengelegt wurden, den Inhalt der Information zu benennen und die Einhaltung der Vertraulichkeitsverpflichtung jeweils nachzuweisen.

- (5) Der Auftraggeber ist verpflichtet, vertrauliche Informationen des Auftragnehmers, die als solche gekennzeichnet oder schriftlich benannt wurden, unter entsprechender Anwendung von Abs. 1 – 4 vertraulich zu behandeln.

§ 5.2 VERÖFFENTLICHUNG VON REFERENZEN

- (1) Unabhängig der getroffenen Regelungen zur Wahrung der Vertraulichkeit ist es dem Auftragnehmer grundsätzlich nicht gestattet den Namen und/oder das Firmenlogo des Auftraggebers zu veröffentlichen oder diesen als Referenz zu benennen. Dies gilt insbesondere für Kundgaben im Rahmen von Werbung auf der Firmenwebsite, Social-Media-Posts, Pressemitteilungen, Präsentationen und Testimonials. Gleichmaßen gilt diese Regelung für sämtliche Darstellungen, die das Eigentum des Auftraggebers betreffen. Ausdrücklich untersagt ist es insbesondere Anlagen, Liegenschaften und Bauprojekte des Auftraggebers zu nichtbetrieblichen Zwecken zu dokumentieren, zu fotografieren oder zu filmen und dies zu veröffentlichen oder an Dritte weiterzugeben.
- (2) Abweichend von Abs. 1 ist eine Veröffentlichung und/oder Benennung als Referenz gestattet, sofern der Auftraggeber dem vorab und schriftlich zustimmt. Der Auftragnehmer hat entsprechende Anfragen rechtzeitig zu stellen und die schriftliche Zustimmung über das Funktionspostfach des Lieferantenmanagements (lieferantenmanagement@stromnetz-berlin.de) einzuholen.
- (3) Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, die erteilte Zustimmung einzuschränken oder zu widerrufen. In diesen Fällen sind bereits veröffentlichte Inhalte auf Verlangen des Auftraggebers zu korrigieren oder zu löschen.

§ 5.3 DATENSCHUTZ

Der Auftragnehmer ist zu Einhaltung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (Anlage 10 – Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung) verpflichtet. Mittels der beigefügten Checkliste Auftragnehmerkontrolle (Anlage 11 – DSGVO-Checkliste Auftragnehmer) dokumentiert der Auftragnehmer die von ihm ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß Art. 28 und 32 DSGVO und weist diese gegenüber dem Auftraggeber nach.

§ 5.4 IT-SICHERHEIT

Die Vorgaben der in Anlage 16 – IT- und Informationssicherheitsanforderungen [und ggf. weiterer Anlagen der IT-Security] sind vom Auftragnehmer sowie von allen eingebundenen Unterauftragnehmern einzuhalten, wofür der Auftragnehmer durch

Abschluss entsprechender vertraglicher Vereinbarungen mit Unterauftragnehmern zu sorgen hat. Sofern der Auftragnehmer von Vorgaben der vorstehenden Anlagen abweichen will, ist der Nachweis zu führen, dass die Abweichung im Hinblick auf die Erreichung der in den Anlagen verfolgten Sicherheitsziele unschädlich ist bzw. das Sicherheitsniveau gleichwertig ist. Der Auftraggeber kann verlangen, dass der Nachweis mittels Begutachtung durch einen unabhängigen Sachverständigen erfolgt.

ABSCHNITT 6: VERSICHERUNG

§ 6.1 HAFTPFLICHTVERSICHERUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der gesamten Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflicht-/Produkthaftpflichtversicherung auf eigene Kosten zu unterhalten. Der Versicherungsschutz muss so gestaltet sein, dass die vertragsgegenständlichen Risiken des Auftragnehmers abgedeckt sind.
- (2) Das Bestehen der Versicherungen ist auf Anforderung des Auftraggebers nachzuweisen.

ABSCHNITT 7: HAFTUNG UND MÄNGELANSPRÜCHE

§ 7.1 HAFTUNG

- (1) Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber und Dritten für Schäden, die diesen von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung des Vertrags zugefügt wurden, sofern nicht abweichend vereinbart, nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der Auftragnehmer haftet insbesondere für Schäden, die durch eigene Mängel, Verzug oder Nichterfüllung ihrer Verpflichtung entstehen. Eine Schadensersatzpflicht des Auftragnehmers für Schäden tritt jedoch erst dann ein, wenn der Auftraggeber ihm die beanstandeten Mängel mitgeteilt und der Auftragnehmer die Mängel nicht innerhalb von zehn Werktagen behoben hat. Die Schadensersatzpflicht umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Kosten für eine neue Konzeption, Planung und Herstellung der Kreativleistung.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm übertragenen Arbeiten mit fachlicher und kaufmännischer Sorgfalt nach bestem Wissen und unter Beachtung der allgemein anerkannten Grundsätze des Werbewesens durchzuführen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber in Fällen geplanter Kreativmaßnahmen rechtzeitig, mindestens jedoch zehn Werktage vor Durchführung schriftlich auf erkennbare gewichtige Risiken hinweisen. Es obliegt dem Auftraggeber, die rechtliche Zulässigkeit der Kreativmaßnahmen auf eigene Kosten durch eine sachkundige Person seiner Wahl überprüfen zu lassen.

- (4) Der Auftragnehmer haftet für Erfüllungsgehilfen und Unterauftragnehmer wie für eigenes Verschulden. Die Möglichkeit zur Exkulpation für Verrichtungsgehilfen gem. § 831 Satz 2 BGB ist ausgeschlossen.

§ 7.2 HÖHERE GEWALT

- (1) Die Vertragsparteien haften nicht für die Verletzung von Pflichten, soweit die Verletzung auf höherer Gewalt beruht. Höhere Gewalt betreffen (kumulativ) von außen kommende, keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisende, nicht voraussehbare und auch durch äußerste Sorgfalt nicht abwendbare Ereignisse, die auch nicht wegen ihrer Häufigkeit hinzunehmen sind; beispielsweise der unkontrollierte Ausbruch von Epidemien und Seuchen, Aufruhr, bewaffnete Konflikte, Arbeitskampf, Rohstoff- und Energiemangel, nicht vermeidbare Betriebs- oder Transportstörungen.
- (2) Will sich eine Partei auf einen Fall höherer Gewalt berufen, hat sie die andere Partei unverzüglich nach dem Eintritt des begründenden Ereignisses schriftlich über dessen Inhalt, Umfang und Auswirkungen sowie die voraussichtliche Dauer zu informieren.
- (3) Beruft sich der Auftragnehmer auf einen Fall höherer Gewalt, wird er sich im Rahmen des Zumutbaren um die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen und um die Vermeidung und Beseitigung der aufgetretenen Störung bemühen. Für eine schuldhafte Verletzung seiner Bemühenspflicht haftet der Auftragnehmer nach den Bestimmungen dieses Vertrag.

ABSCHNITT 8: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 8.1 AUFRECHNUNG UND ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT

Die Geltendmachung von Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechten des Auftragnehmers ist ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

§ 8.2 ANWENDBARES RECHT

Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts.

§ 8.3 VERTRAGSSPRACHE

Die Vertragssprache und die Sprache der Vertragsabwicklung einschließlich aller Serviceleistungen in Wort und Schrift ist deutsch.

§ 8.4 GERICHTSSTAND

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit

diesem Vertrag ist der Sitz des Auftraggebers.

§ 8.5 SCHRIFTFORM

- (1) Änderungen oder Ergänzungen des Vertrags – einschließlich dieser Klausel selbst – bedürfen – sofern gesetzlich keine strengere Form vorgeschrieben ist – zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, wobei dem Schriftformerfordernis auch dann genüge getan wird, sofern die Unterzeichnung mit mindestens fortgeschrittener elektronischer Signatur erfolgt.
- (2) Für andere Erklärungen, die nach diesem Vertrag „schriftlich“ zu erfolgen haben, genügt die Übermittlung mittels einfacher E-Mail.

§ 8.6 NEBENABREDEN

Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Werden mündliche Nebenabreden getroffen, werden sie erst mit schriftlicher Bestätigung wirksam.

§ 8.7 SALVATORISCHE KLAUSEL

Die etwaige Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrags berührt dessen Wirksamkeit im Übrigen nicht. In diesem Falle ist die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung einvernehmlich durch eine wirksame oder durchführbare Regelung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung soweit wie möglich entspricht. Dies gilt entsprechend für Vertragslücken.

§ 8.8 ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN ODER PFLICHTEN

Der Auftragnehmer darf Rechte oder Pflichten aus diesem Vertrag nur mit Zustimmung des Auftraggebers auf einen Dritten übertragen.

TEIL II: BESONDERE REGELUNGEN – ABRUFE

ABSCHNITT 9: GRUNDLEGENDES

§ 9.1 LEISTUNGSGEGENSTAND

- (1) Der Leistungsumfang bestimmt sich in erster Linie nach Maßgabe dieses Vertrags einschließlich sämtlicher beigefügter Anlagen, den Anforderungen aus dem jeweiligen Abruf, den Vergabeunterlagen sowie den gesetzlichen Vorschriften
- (2) Der Auftraggeber beabsichtigt, den Auftragnehmer mit der Beratung; Strategieentwicklung und Umsetzung der in der Leistungsbeschreibung benannten Kreativleistungen zu beauftragen.
- (3) Die Tätigkeit des Auftragnehmers umfasst auch die Konzeption und Durchführung konkreter Kommunikationsmaßnahmen sowie auf Verlangen des Auftraggebers die Produktion des notwendigen Materials.
- (4) Der Auftragnehmer wird die Interessen des Auftraggebers nach besten Kräften wahrnehmen. Der Auftraggeber wird seinerseits im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit alle für die Leistung des Auftragnehmers wesentlichen Daten zur streng vertraulichen Behandlung zur Verfügung stellen.

§ 9.2 EINZELAUFTRÄGE

- (1) Dieser Vertrag stellt einen Rahmenvertrag dar. Die konkreten Leistungen („Einzelaufträge“) sind in Gemäßheit mit dieser Rahmenvereinbarung jeweils aufgrund eines gesonderten, schriftlichen Auftrags des Auftraggebers zu erbringen.
- (2) Diese Einzelaufträge (Abrufe) haben jeweils einen in sich abgeschlossenen Leistungsumfang zum Gegenstand und sind jeweils gesondert abzurechnen. Der Auftraggeber ist bis zum Erreichen der in der Leistungsbeschreibung genannten Höchstmenge berechtigt, die betreffende Leistung beim Auftragnehmer abzurufen; § 132 GWB bleibt unberührt.
- (3) Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag, in dem die Art und Durchführung der Leistungen entsprechend detailliert beschrieben sind. Dem Einzelvertrag geht zunächst eine Vorabstimmung voraus. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer in Form eines Briefings mitteilen, welche Kreativleistungen er in welchem Zeitraum benötigt. Im Anschluss hat der Auftragnehmer auf Grundlage des abgestimmten Preisblattes ein Angebot zu erstellen. Das Angebot des Auftragnehmers muss neben den erwarteten eigenen Aufwendungen auch die Fremdleistungen (in der Leistungsbeschreibung auch Drittleistungen genannt) und zugehörigen verbindlichen Fremdleistungsangebote beinhalten (Hinweis: die Fremdleistungsrechnungen sind im Rahmen der Rechnungslegung des AN dem AG vorzulegen, s. § 3.2 Abs. 1), die der Auftragnehmer zur Leistungserbringung für

erforderlich erachtet und deshalb zu beauftragen beabsichtigt. Dem Angebot des Auftragnehmers sind mithin auch die konkreten Fremdleistungsgebote der zur Leistungserbringung vorgesehenen Unterauftragnehmer in Kopie beizulegen. Der Auftraggeber entscheidet, ob er das jeweilige Angebot (bzw. eigenständige Teile davon) annehmen möchte oder nicht und nimmt entweder den Abruf durch entsprechende Mitteilung gegenüber dem Auftragnehmer vor oder informiert den Auftragnehmer darüber, dass das Angebot des Auftragnehmers (oder eigenständige Teile davon) nicht angenommen werden.

- (4) Im Fall von mehreren Einzelverträgen hat der Auftraggeber das Recht, bestimmte Abrufe zu priorisieren.

ABSCHNITT 10: TERMINE; ARBEITSZEIT; LEISTUNGSSORT

§ 10.1 AUSFÜHRUNGSTERMINE

- (1) Es gelten die vereinbarten Termine nach Maßgabe des jeweiligen Abrufs, ggf. unter Berücksichtigung der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Fristen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der aufgrund dieses Vertrags festgelegten Termine. Hält der Auftragnehmer einen Termin nicht ein, kommt er ohne Mahnung in Verzug, wenn der Termin nach dem Kalender bestimmt ist.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber erkennbar werdende Termingefährdungen unverzüglich nach Bekanntwerden schriftlich mitzuteilen und in Abstimmung mit ihm Maßnahmen zu ergreifen, um Verzögerungen möglichst zu vermeiden. Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich nach dem Eintritt einer Terminüberschreitung hierüber zu informieren und in Abstimmung mit dem Auftraggeber Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verzögerungen möglichst zu minimieren.

§ 10.2 BEHINDERUNGEN UND UNTERBRECHUNGEN

Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er es dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so kann er die hindernden Umstände nur dann für sich geltend machen, wenn dem Auftraggeber offenkundig die Tatsachen und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

§ 10.3 ABLÖSUNG DES PERSONALS

- (1) Der Auftragnehmer ist bei Vorliegen eines sachlichen Grundes auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, eingesetztes Personal auszutauschen. Ein sachlicher Grund liegt vor, wenn

- a) die erforderliche Qualifikation nicht vorliegt,
 - b) Personal wiederholt oder schwerwiegend geschuldete Leistungen nicht vertragsgerecht erbringt oder gegen den Vertrag verstößt,
 - c) Personal wiederholt oder schwerwiegend unzuverlässig ist,
 - d) Personal gegen gesetzliche Vorschriften oder Vorschriften des Auftraggebers wiederholt oder schwerwiegend verstößt oder
 - e) der Auftragnehmer zur Kündigung eines Beschäftigungsverhältnisses berechtigt wäre.
- (2) Liegt ein sachlicher Grund vor, ist der Auftraggeber gegenüber dem jeweils betreffenden Personal berechtigt, unverzüglich ein Haus- bzw. Arbeitsverbot auszusprechen. Die Erteilung eines solchen Verbots berechtigt den Auftragnehmer nicht zur Behinderungsanzeige oder zur Geltendmachung von Mehraufwand.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in diesem Fall für qualifizierten Ersatz zu sorgen; eine Terminverlängerung oder sonstige Schadensersatzansprüche sind insoweit ausgeschlossen.

§ 10.4 LEISTUNGSSORT

Die Ausführung der Leistungen erfolgt nach Absprache mit dem Auftraggeber.

ABSCHNITT 11: AUFBEWAHRUNG / SCHUTZRECHTE

§ 11.1 AUFBEWAHRUNG

- (1) Der Auftragnehmer wird alle Unterlagen (Reinzeichnungen, Filmkopien, Tonbänder, Ausdrucke, Druckunterlagen usw.) für die Dauer der Vertragslaufzeit aufbewahren und anschließend auf seinen Wunsch dem Auftraggeber aushändigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit, auch vor Ablauf dieser Zeit, die Herausgabe sämtlicher im Zusammenhang mit den Auftragschreiben entwickelten und/oder hergestellten Unterlagen zu verlangen, wenn das Vertragsverhältnis vorher, gleich aus welchem Grunde, endet. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Unterlagen innerhalb von zehn Kalendertagen nach Aufforderung aushändigen. Auf Wunsch des Auftraggebers wird der Auftragnehmer die vorbezeichneten Unterlagen, statt sie auszuhändigen, innerhalb von 30 Kalendertagen nach Aufforderung vernichten. Die Kosten der Vernichtung trägt der Auftraggeber.
- (2) Alle vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen, insbesondere, aber nicht ausschließlich, Charaktere, Logos, Marken, Merchandising-Artikel und Ideen jeglicher Art, sind und verbleiben stets im Eigentum des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann diese jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückverlangen.
- (3) Ein Zurückbehaltungsrecht, gleich aus welchem Rechtsgrund, des Auftragnehmers an Unterlagen und/oder Gegenständen gemäß § 11 Ziffer Abs. 2 dieses Vertrags ist ausdrücklich ausgeschlossen.

§ 11.2 ÜBERTRAGUNG VON SCHUTZ- UND URHEBERRECHTEN AUF DEN AUFTRAGGEBER

- (1) Mit vertragsgemäßer Vergütung erhält der Auftraggeber an allen geschützten und ungeschützten vertraglich geschuldeten Leistungen im Zeitpunkt ihres Entstehens, spätestens ihres Erwerbs, ein zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, ausschließliches, übertragbares und unterlizenzierbares Nutzungsrecht.
- (2) An den entstehenden Urheberrechten überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, ausschließliche, übertragbare und unterlizenzierbare Recht, die entsprechenden Werke auf sämtliche Arten zu nutzen. Dies schließt insbesondere ein, diese Werke zu bearbeiten und in bearbeiteter oder unbearbeiteter Form zu vervielfältigen, zu verbreiten, auszustellen, öffentlich vorzutragen, zu senden oder mittels Bild- und Tonträger wiederzugeben.
- (3) Die zum Leistungsumfang gehörenden Unterlagen und Zeichnungen gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Unterlagen auch unter Aushandigung an Dritte für die Ausführung von Reparaturen, Wartungsarbeiten, spätere Änderungen und Anfertigung von Ersatz- und Reserveteilen uneingeschränkt und unentgeltlich zu nutzen, ohne dass es hierzu einer besonderen Erlaubnis des Auftragnehmers bedarf.

§ 11.3 RECHTEN AN ARBEITSERGEBNISSEN

- (1) Arbeitsergebnisse sind alle bei der Durchführung des Auftrags vom Auftragnehmer gewonnene Erkenntnisse einschließlich aller urheberrechtlich schutzfähiger Werke oder Erfindungen, unabhängig von deren Schutzrechtsfähigkeit und unabhängig davon, ob sie beispielsweise in Aufzeichnungen, Beschreibungen, Versuchsanordnungen, Modellen, Geräten oder Anlagen niedergelegt, gespeichert oder verkörpert sind. Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber zum Zeitpunkt ihres Entstehens, spätestens ihres Erwerbs, an allen geschützten und ungeschützten Arbeitsergebnissen ein zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, ausschließliches, übertragbares und unterlizenzierbares Nutzungsrecht. An den entstehenden Urheberrechten überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, ausschließliche, übertragbare und unterlizenzierbare Recht, die entsprechenden Arbeitsergebnisse auf sämtliche Arten zu nutzen. Dies schließt insbesondere ein, diese Arbeitsergebnisse zu bearbeiten und in bearbeiteter oder unbearbeiteter Form zu vervielfältigen, zu verbreiten, auszustellen, öffentlich vorzutragen, zu senden oder mittels Bild- und Tonträger wiederzugeben.
- (2) Soweit der Auftragnehmer Dritte (z. B. Arbeitnehmer) zur Erbringung der Leistungen einsetzt, stellt er sicher, dass diese Dritten ihm die Rechteübertragung und/oder die Rechteinräumung im Sinne von Absatz 1 vollumfänglich ermöglichen.
- (3) Klarstellend halten die Parteien fest, dass die Rechtsübertragung nach Absatz 1 und 2 nicht für bei dem Auftragnehmer vorbestehende Materialien oder Lösungen gilt.

- (4) An vorbestehenden Materialien und Lösungen, die für die Verwertung der Arbeitsergebnisse notwendig oder von Vorteil sind, erhält der Auftraggeber ein zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, nichtausschließliches und für die Deckung des Eigenbedarfs unterlizenzierbares Nutzungsrecht. Dieses Nutzungsrecht wird für die Verwertung des konkreten Entwicklungsgegenstands ohne zusätzliche Vergütung und im Übrigen zu Vorzugskonditionen gewährt.

§ 11.3 FREIHEIT VON RECHTEN DRITTER

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen. Werden Rechte Dritter durch Leistungen des Auftragnehmers verletzt, ist der Auftragnehmer zunächst berechtigt, auf eigene Kosten nach eigener Wahl die Leistung zu ändern oder zu ersetzen oder für den Auftraggeber ein Nutzungsrecht zu beschaffen. Weitergehende Ansprüche oder Rechte stehen dem Auftraggeber erst zu, wenn es dem Auftragnehmer innerhalb einer angemessenen Frist nicht gelingt, die Verletzung der Rechte Dritter nach Satz 2 abzustellen. Danach stehen dem Auftraggeber folgende Rechte und Ansprüche zu:
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, auf Kosten des Auftragnehmers die Genehmigung zur Benutzung des betreffenden Liefergegenstandes vom Berechtigten zu bewirken. Besteht der Berechtigte auf Stilllegung des Liefergegenstandes und erweist sich auch eine zweckentsprechende Änderung dessen ohne Verletzung von Schutzrechten als nicht möglich, so muss der Liefergegenstand vom Auftragnehmer unter Rückgewähr der erhaltenen Vergütung auf seine Kosten entfernt werden. Dies gilt entsprechend für sonstige Leistungen. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für die aus der Schutzrechtsverletzung entstehenden Schäden und Kosten. Dies gilt jedoch nicht, soweit ihn kein Verschulden trifft.

ABSCHNITT 12: ANSPRECHPARTNER; MITGELTENDE UNTERLAGEN

§ 12.1 ANSPRECHPARTNER

- (1) Für Vertrags- und Preisregelungen ist ausschließlich die Abteilung Einkauf des Auftraggebers zuständig.
- (2) Der zur Durchführung des Vertrags erforderliche Schriftverkehr ist mit der jeweils zuständigen Fachabteilung des Auftraggebers zu führen. Die zuständigen Ansprechpartner der jeweiligen Fachabteilung werden dem Auftragnehmer nach Vertragsschluss mitgeteilt.

§ 12.2 MITGELTENDE ANLAGEN

Bestandteil dieses Vertrags sind die nachfolgend aufgelisteten Anlagen, die mit diesem Vertrag zu einer Einheit verbunden werden:

- Verhandlungsprotokoll
- Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
- Checkliste Auftragnehmer
- SNB Anforderungen an Informations- und IT-Sicherheit
- Standard-Vorgaben für die Erstellung und Einreichung von Rechnungen bei der Stromnetz Berlin GmbH
- Verhaltenskodex
- Leistungsbeschreibung
- Preisblatt vom
- Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zum Mindeststundenentgelt
- Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Frauenförderung
- Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Verhinderung von Benachteiligungen
- Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)
- Verschwiegenheitserklärung

Auftraggeber

Auftragnehmer

Berlin,

Ort,

Max Mustermann
Abteilungsleiter

Name und Funktion des Unterzeichners

Max Mustermann
Abteilungsleiter

Name und Funktion des Unterzeichners